

ten Umfragen für Klimaschutz plädiert hätten. Der konkreten Transformation, wie sie sie erleben, begegnen sie aber mit deutlicher Skepsis.

Auf ähnliche Reaktionen sind auch Jörn Boewe und Johannes Schulten (Boewe/Schulten 2021) gestoßen. Zugespitzt: Die etwa 40 von ihnen interviewten aktiven Gewerkschafter*innen aus der Automobilindustrie identifizierten sich in geringerem Maße mit »ihrem« Unternehmen als in der Vergangenheit – etwas, was nach eigenem Bekunden auch für das eigene Umfeld zutreffe. Auch Boewe und Schulten weisen auf eine grundsätzliche Offenheit für ökologische Branchenpolitik hin. Aber weder wird dem Management zugetraut gute Entscheidungen für die Belegschaften zu treffen, noch Parteien eine gute Verkehrswendepolitik zu machen, die den ökologischen Umbau der Automobilindustrie aber begleiten müsste. Die Offenheit für eine ökologische Wende trifft unter anderem deshalb auf erhebliche Vorbehalte gegenüber dem, was tatsächlich passiert (ebd., 15f.; ebd., 67–74).

Ähnliche Eindrücke vermittelt eine Studie, die sich mit den Stimmungen in vier strukturschwachen Regionen (im Osten, Nordosten, Westen und Südwesten der Bundesrepublik) widmet (Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022, 10). 217 Menschen wurden im Frühsommer 2021 mit Hilfe von Kurzinterviews um ihre Meinung gefragt, etwa danach, was die größten Probleme im Land seien. 28,6 Prozent der Befragten meinten, dass soziale Probleme die größten Herausforderungen der Zukunft seien, 27,6 Prozent nannten den Umwelt- und Klimaschutz, 22,1 Prozent die wirtschaftliche Zukunft des Landes (ebd., 13). M.E. ist das ein bemerkenswertes Ergebnis für eine Befragung in einer strukturschwachen Region. Wie die Autor*innen hervorheben, dominieren im Alltag der Menschen aber nicht Klimasorgen, sondern – m.E. naheliegend – die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Probleme, die aus schwierigen Strukturwandelhistorien entstanden sind, etwa sterbende Innenstädte oder ein Mangel an guten Jobs. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Blick auf die ökologische Transformation sorgenvoll war, weil er von eher negativen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den eigenen Regionen geprägt ist. Von einer manifesten Angst vor den materiellen Folgekosten der Klimaschutzpolitik ist die Rede (ebd., 14). Und auch diese Studie macht den Vertrauensverlust in die Politik deutlich. Rund die Hälfte der Befragten sieht sich nicht vertreten, die Autor*innen spitzen eine verbreitete Stimmung mit »die da oben sind unfähig« zu (ebd., 18f.).

5.2 Die Sicht von Automobilbeschäftigten, Krankenpfleger*innen und Busfahrer*innen

Das Terrain der populären Anschauungen ist durch eine Reihe von Trends gekennzeichnet, die auf Veränderungsansprüche hinweisen könnten (siehe Kap. 5.1): Die soziale Ungleichheit wird kritisch betrachtet, die Gesellschaft von größeren Teilen der Bevölkerung als ungerecht wahrgenommen – tendenziell von den unteren Einkommensschichten mehr als von den oberen. Der Wohlfahrtsstaat wird auch vor diesem Hintergrund gewertschätzt, aber unterschiedliche Reformvorschläge werden in unterschiedlichem Maße unterstützt: Investitionen in Bildung und Kinderbetreuungsplätze sind schichtübergreifend beliebt, mehr Unterstützung für Erwerbslose ist dahingegen zwar mehrheits-

fähig, zugleich aber auch am umstrittensten – gerade für das links-ökologische Projekt ist das relevant, das auf dekommodifizierende Politik setzt. Enttäuscht von »der Politik« sind viele, ein Riss zwischen Repräsentierten und Repräsentanten wird deutlich. Ein »Unbehagen an der Politik« zeichnet sich ab, das auch in Klassenerfahrungen wurzelt, wie qualitative Studien zum Gesellschaftsbewusstsein von Industriearbeiter*innen zeigen.

Gleichzeitig ist die politische Resignation gerade in den unteren Schichten der Arbeiter*innenklasse stark verbreitet, ähnlich die Wahlenthaltung. Das »Klimabewusstsein« ist deutlich entwickelt, wobei gilt: je größer die soziale Benachteiligung, desto weniger sind die Menschen durch die Klimakrise getrieben – die Alltagsprobleme überschatten sie, was nicht heißt, dass sie irrelevant für sie ist. Aber wenn der Schuh schmerzhaft drückt, sind Löcher im Hemd vielleicht das geringere Problem.

Bemerkenswert sind in meinen Augen dabei zwei weitere Punkte. Sorgen und Skepsis gibt es auch bei Befürworter*innen von Klimaschutzmaßnahmen – nicht selten, so scheint es, aufgrund negativer Erfahrungen, die mit bisherigen »Transformationen« in Betrieb, Branche oder Region gemacht wurden. Außerdem wirkt sich der Vertrauensverlust in »die Politik« auch auf das »Klimabewusstsein« aus: Wer vertraut schon Politikern, die man für abgehoben und/oder unfähig hält, zu, dass sie eine Mammutaufgabe wie den ökologischen Umbau u. a. der Wirtschaft zu bewerkstelligen wissen?

Und schließlich: Ein relevanter Teil der Deutschen, außerhalb der Hochzeit der Migrationsdebatte 2015–2017 etwa zwischen einem Viertel und einem Drittel der in Studien Befragten, sieht sich durch Zuwanderung sozial bedroht, zwischen 20–30 Prozent empfindet ein »Unbehagen an kultureller Überfremdung«. Soweit die wichtigen Trends auf dem Terrain der populären Ideologien. Nun möchte ich – überwiegend beschreibend – auf eigene empirische Untersuchungen eingehen. Sie bieten einen ersten tieferen Einblick in das Alltagsbewusstsein von abhängig Beschäftigten, die in unterschiedlichen Klassenlagen leben.

Bevor ich auf komplexeren Deutungsmuster eingehe, möchte ich im folgenden Unterkapitel in einer vergleichenden Perspektive schildern wie Beschäftigte, die in der Automobilindustrie, dem ÖPNV und Krankenhäusern arbeiten, auf die Gesellschaft, ihre Probleme, auf den Sozialstaat und das politische Feld blicken. In einer Lehrforschung, die ich an der Universität Göttingen geleitet haben, wurden 34 Kurzinterviews mit Beschäftigten geführt, die zum gewerkschaftlichen Milieu im Betrieb gehörten (Dorfschmidt/Kuhlmann/Reber/Wichern 2022). Zum Teil wurde auch mit Betriebsräten gesprochen. Die Interviews waren zwischen 20 und 40 Minuten lang und stark strukturiert, geführt wurden sie zwischen Oktober 2020 und Februar 2021. Befragt wurden elf Kolleg*innen aus Krankenhäusern, zwölf Beschäftigte eines großen Endherstellers der Automobilindustrie und elf Busfahrer*innen der Göttinger Verkehrsbetriebe⁶.

Im Laufe des Interviews wurde u. a. die offene Frage gestellt, was zentrale Probleme bzw. Herausforderungen für die Gesellschaft seien. Abschließend wurden die Gesprächspartner*innen gebeten zu erläutern, was sie in Deutschland sofort verändern würden, wenn

6 66 Prozent der Befragten waren Männer. Das Durchschnittsalter lag bei 42 Jahren.

sie Bundeskanzler*in wären. So sollte die Relevanzsetzung der Befragten selbst zur Geltung kommen. Soweit es ohne starke Vereinfachungen möglich ist, werde ich im Folgenden Deutungstendenzen nachzeichnen, also ähnliche Deutungsweisen bündeln. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Schilderungen stehen also nicht die einzelnen Beschäftigten, sondern ähnliche Deutungstendenzen, die sich bei mehreren Befragten finden und sich klar voneinander unterscheiden. Es geht insofern um einen ersten empirischen Schritt auf dem Feld der populären Ideologien, durch den politische Problemrohstoffe und grundlegende politische Unzufriedenheiten sichtbar gemacht werden können.

Ein guter Ausgangspunkt sind die Parteipräferenzen der Interviewpartner*innen. Der Großteil der Befragten gab an, bei der nächsten Bundestagswahl (die Interviews wurden vor der Bundestagswahl 2021 geführt) eine Partei aus dem Mittellinksspektrum wählen zu wollen, fast ein Viertel wollte aber auch für die CDU stimmen, und rund 15 Prozent erklärten gar nicht wählen zu gehen oder schlicht nicht zu wissen, wen sie wählen sollten. Möglicherweise sind unter denen, die keine Angaben machten, die angaben, nicht zu wissen wen sie wählen sollten oder sich als Nichtwähler*innen zu erkennen gaben, auch Anhänger*innen der Alternative für Deutschland (AfD), die sich nicht zur Partei bekennen wollten (sozial erwünschtes Antwortverhalten)⁷.

Tabelle 21: Wahlabsichten Bundestagswahl 2021 (absolute Zahl der Beschäftigten)

| | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|-----------------|-----------|---------------|------|--------|
| Weiß nicht | 1 | 1 | 1 | 3 |
| Keine Angabe | 1 | 0 | 2 | 3 |
| Nichtwahl | 2 | 0 | 0 | 2 |
| Team Todenhöfer | 0 | 1 | 0 | 1 |
| AfD | 0 | 1 | 0 | 1 |
| SPD o. Grüne | 0 | 1 | 1 | 2 |
| Grüne | 1 | 2 | | 3 |
| LINKE | 1 | 1 | 1 | 3 |
| SPD o. LINKE | 0 | 0 | 3 | 3 |
| SPD | 3 | 1 | 1 | 5 |
| CDU | 3 | 2 | 3 | 8 |

Quelle: Eigene Darstellung

7 Im Folgenden werde ich in den Grafiken jeweils angeben, ein wie großer Teil (und davon: aus welcher Branche) der Befragten wie auf Fragen antwortete. Nicht auf alle Fragen antworteten immer alle Befragten.

5.2.1 Der Blick auf den Betrieb: Arbeits- und Lohnzufriedenheit

Beginnen möchte ich mit der Frage, wie die Interviewten ihre eigene soziale Lage im Betrieb wahrnahmen. Festzuhalten ist: Ihre betriebliche Arbeitssituation haben Beschäftigte aus der Automobilindustrie, dem Krankenhaussektor und ÖPNV deutlich unterschiedlich bewertet. Das zeigt auch die Selbsteinstufung. Alle Befragten wurden gebeten auf einer Skala 1 bis 10 (1=überhaupt nicht zufrieden) die Zufriedenheit mit eigener Arbeitssituation anzugeben. Das Gros der im ÖPNV beschäftigten Interviewpartner gab einen Wert von 8 oder 9 an, ebenso die Hälfte der in der Automobilindustrie Beschäftigten, aber nur eine Pflegekraft war sehr zufrieden mit ihrer Arbeitssituation. Wirklich schlechte Zufriedenheitswerte (1–4) nannte keine der interviewten Personen, das Gros der Pflegekräfte nannte mittlere Werte zwischen 5 und 7.

Tabelle 22: Verteilung (absolute Werte) der Beschäftigten nach Arbeitszufriedenheit (Skalenwerte 1–10)

| Zufriedenheitswerte | Automobil | Krankenhaus | ÖPNV | Gesamt |
|---------------------|-----------|-------------|------|--------|
| 5 | 1 | 3 | 0 | 4 |
| 6 | 2 | 2 | 0 | 4 |
| 7 | 3 | 4 | 2 | 9 |
| 8 | 5 | 1 | 3 | 9 |
| 9 | 1 | 0 | 6 | 7 |
| 10 | 0 | 1 | 0 | 1 |

Quelle: Eigene Darstellung

Kritik an bzw. Unzufriedenheit mit der Arbeit bzw. der betrieblichen Situation wurde dennoch formuliert. Zwischen den drei Beschäftigtengruppen zeichneten sich dabei einige wichtige Unterschiede ab. Automobilbeschäftigte neigten tendenziell zur Kritik an monotoner Arbeit, an belastender Schichtarbeit und gelegentlich an gestiegener Leistungserwartung. Punktuell wurde auch kritisch auf hohe Leistungserwartungen verwiesen, wie ein Beschäftigter unterstreicht, der mittlerweile an einem Schonarbeitsplatz eingesetzt wird:

»Allgemein kann ich sagen, dass es auch bei uns im Konzern ganz schön anstrengend geworden ist, die da arbeiten müssen, das ist eine ganz schöne Knüppelei da. [...]. Das ist wesentlich angestiegen, die müssen viel mehr einbauen und viel mehr Sachen machen. Und die Zeiten sind jetzt Ein-Minuten-Takt und so, und das ist natürlich schon mächtig anstrengend. Bin froh, dass ich da nicht mehr arbeite.« (A4)

Ein anderer Kollege unterstreicht:

»Man verlangt ja immer mehr, immer mehr, immer mehr und dann wir es nicht gewertschätzt, auch wenn du mehr machst als alle anderen, gibt es kein Dankeschön am Ende. Dabei wird die Arbeit stetig mehr.« (A7)

Trotzdem erklärte das Gros der Befragten eher zufrieden mit der eigenen Arbeitssituation zu sein. Dazu trug auch bei, dass – siehe unten – die gezahlten Löhne überwiegend als sehr gut eingeschätzt wurden. Oder wie es ein Automobilbeschäftigter formulierte: »Und was mir nicht so gut gefällt ist halt tatsächlich die monotone Arbeit. Aber dafür gib'r's gutes Geld und von daher nimmt man das auch gerne in Kauf.« (A11)

Punktuell wurde auch darauf verwiesen, dass es außerhalb des eigenen Unternehmens eher schlechtere Beschäftigungsbedingungen gebe. Die Haltung, die sich in den Kurzinterviews zur eigenen betrieblichen Situation abzeichnete war nicht unkritisch, sie entsprach am ehesten dem Bild eines sicheren Hafens, den der eigene Betrieb in einer ansonsten stürmischen gesellschaftlichen See bietet, auf das auch Klaus Dörre u.a. in ihrer Forschung in Industriebetrieben gestoßen sind (Dörre/Hänel/Holst/Matuschek 2011, 22).

Wohlgemerkt, interviewt wurden Kolleg*innen, die in einem gewerkschaftlich hochorganisierten Betrieb arbeiteten, in dem – trotz des Wettbewerbs- und permanentem Rationalisierungsdrucks (Goes 2019) – nicht nur hohe betriebliche Lohn- und Sozialstandards vorherrschen, sondern eine ausgeprägte Mitbestimmungskultur etabliert wurde (Cattero 1998, 193f.; Haipeter 2013, 334–335).

Eine deutlich andere Haltung zur betrieblichen Arbeitssituation zeichnete sich dagegen bei den Beschäftigten aus den Krankenhäusern ab: Von einer Kritik an monotoner Arbeit kann nicht die Rede sein. Grundsätzlich identifizierten sich die Befragten mit ihrer Arbeit, in den (typischen) Worten einer Interviewpartnerin:

»Also was mir gut gefällt an meiner Arbeit ist dieser soziale Umgang mit den Menschen, dass man halt Menschen helfen kann in verschiedenen Situationen. [...] Man sieht das eben, dass es den Leuten dann auch wieder gut geht oder eben auch nicht gut, aber dass man denen trotzdem halt helfen kann.« (P1)

Bei einer anderen Kollegin heißt es:

»Mir gefällt gut, dass es so ein sozialer Beruf ist, man mit vielen verschiedenen Berufsgruppen in Kontakt kommt, die eigentlich so dasselbe Erstreben haben, wie man selbst. Also einfach die Leute, denen es nicht so gut geht, wenn man die einfach wieder auf den Dam bringen will. [...]. Das finde ich halt superschön und das ist auch irgendwie der Reiz an dem Beruf.« (P11)

Dementgegen stehen in den Augen eines größeren Teils der der Befragten die Arbeitsbedingungen, die »gute Arbeit« verhindern. Allerdings sprachen dies längst nicht alle Befragten an. Für den unzufriedenen Teil gilt: Der Gebrauchswert der eigenen Arbeit wird

in ihren Augen durch die Rahmenbedingungen zerstört, die Leistungsbedingungen als tendenziell drückend empfunden.

»Also man kann in den 8 Stunden nicht komplett eine Stunde abschalten, das funktioniert nicht. Man soll zwar wechselnd essen, dass immer einer arbeitet und einer Pause macht, funktioniert aber nicht, weil der Arbeitsaufwand so ist, dass einer alleine dann diese halbe Stunde Pause durchaus nicht überbrücken kann.« (P3)

Der Druck spiegelt sich auch in Wünschen, wie sich die Arbeitsbedingungen verändern sollten. Dieselbe Krankenpflegerin erzählt weiter: »Ich würde mehr Personal möglich machen, um Krankenpflege wieder dahin zu bringen, wie sie sein soll. Also ausreichend Zeit für den Patienten.« (P3) Eine weitere Pflegekraft fordert, »[...] dass man wirklich auf jeden Patienten oder Bewohner halt individuell sich einstellen kann und gut da mit der Zeit hinkommt.« (P1) Eine andere Kollegin wünscht sich »[...] einfach mehr Kollegen [...], um einfach bessere Arbeit abliefern zu können, also nicht immer von einem zum anderen zu hetzen.« (P4) Und: »Dass man verpflichtend immer eine gewisse Anzahl an Pflegekräften für Patienten hat. [...]. Einfach um die Qualität der Pflege zu gewährleisten.« (P11)

Deutlich anders fallen die Bewertungen durch die befragten Busfahrer aus. Sie wertschätzten fast ausnahmslos sowohl ihre Arbeitstätigkeit mit vielen wechselnden menschlichen Kontakten, als auch die guten Rahmenbedingungen innerhalb des Öffentlichen Dienstes. »Die pünktliche Gehaltszahlung«, so fasst ein Interviewpartner zusammen, und »[...] der geregelte Arbeitsablauf. Ich weiß [...] wann ich Feierabend habe und wann ich nach Hause komme, es ist alles geregelt.« Und er fügt hinzu: »Also Urlaub, alles. Im Grunde [...] stimmt das Gesamtpaket.« (B10) Bei einem anderen Kollegen heißt es über die guten Rahmenbedingungen:

»Ich arbeite hier in einem Betrieb, der sehr sozial ist. Erstmal wird hier drauf geachtet, dass die gesetzlichen Regeln sowieso eingehalten werden. Dann kommt hinzu, wir haben sozial viel, kriegen Fitnessstudio bezahlt, wir haben Obstkorb hier, wir haben einen Getränkespender hier und haben mittlerweile an fast jeder Endhaltestelle eine Toilette. Der Betriebsrat setzt sich viel ein und hat auch schon viel möglich gemacht.« (B9)

Nicht zuletzt werden diese Bedingungen gewertschätzt, weil vielen Kolleg*innen die deutlich schlechtere Situation von Busfahrer*innen bewusst ist, die in outgesourceten bzw. privaten Busunternehmen beschäftigt sind. Solche Vergleiche bringen Vorteile der aktuellen Beschäftigungssituation deutlich zur Geltung. Aber es sind nicht nur die Rahmenbedingungen, die zufrieden stellen. Es ist auch die Arbeitssituation bzw. die Arbeitstätigkeit. Den Wert der eigentlichen Arbeit verdeutlicht ein anderer Busfahrer so:

»Gut oder am besten gefällt mir halt, dass es quasi eine Kombination ist Fahren eines enorm großen Fahrzeugs und mit Menschen arbeiten. [...]. Einfach diese Kombination, jeden Tag verschiedene Gesichter zu sehen, verschiedene Typen.« (B3)

Ähnlich antwortet ein weiterer Kollege, der allerdings zusätzlich den Dienst unterstreicht, den er den Fahrkund*innen gerne leistet:

»Mir gefällt an meiner Arbeit gut: Der Umgang mit der Technik, der Umgang mit den Menschen, für andere da zu sein. Dass ich Leuten helfen kann, indem ich ihnen Mobilität gebe. Ich weiß selber aus meiner Erfahrung wie das ist, wenn man kein Fahrrad hat, wenn man kein Auto hat.« (B2)

Sofern sie unzufrieden mit ihrer Arbeitssituation waren, wiesen Busfahrer oft auf herausfordernde Arbeitszeiten (Fahrzeiten am Wochenende und an Feiertagen) und auf die mangelnde Wertschätzung durch Fahrkunden hin. »Also 1995, da war man vorne noch der König, sag ich mal, der Landstraße oder der Stadt«, spitzt einer der befragten Fahrer zu. »Mittlerweile ist man so, »na ja, der ist halt da«, sagen wir mal so.« (B4) Teilweise wurde aber auch kritisch auf die geringe soziale Anerkennung in der Gesellschaft verwiesen.

Lohn(un-)zufriedenheit

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man nicht nach der Arbeitssituation, sondern nach der Zufriedenheit mit der eigenen Bezahlung fragt. Erneut wurden die Interviewpartner*innen zunächst gebeten, auf einer Skala von 1 (= sehr unzufrieden) bis 10 (= sehr zufrieden) eine Selbsteinstufung dazu vorzunehmen, wie (un-)zufrieden sie mit ihrer Bezahlung waren. Das Gros der Automobilbeschäftigten gibt die höchsten drei Werte für ihre Lohnzufriedenheit an, während das Gros der Beschäftigten aus Krankenhäusern oder des ÖPNV mittlere oder untere Zufriedenheitswerte nannte.

Tabelle 23: Verteilung (absolute Werte) Beschäftigte nach Lohnzufriedenheit (Skalenwerte 1–10)

| Zufriedenheitswerte | Automobil | Krankenhaus | ÖPNV | Gesamt |
|---------------------|-----------|-------------|------|--------|
| 3 | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 4 | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 5 | 1 | 1 | 1 | 3 |
| 6 | 1 | 2 | 1 | 4 |
| 7 | 1 | 3 | 4 | 8 |
| 8 | 3 | 0 | 3 | 6 |
| 9 | 4 | 2 | 0 | 6 |
| 10 | 2 | 0 | 1 | 3 |

Quelle: Eigene Darstellung

Wie bereits erwähnt: Die befragten Automobilbeschäftigten wissen um ihre relativ privilegierte Lage. Ein Kollege spitzt bewusst zu »die Entlohnung, das ist teilweise schon echt viel für das, was wir machen.« (A3) Auch ein anderer Beschäftigter meint: »Ehrlich gesagt denke ich, wir bekommen zu viel.« (A1) Bei einem weiteren Kollegen heißt es:

»Also der Lohn ist schon die Granate. [...] Weil die Arbeit, die ich da mache, das ist ein Witz. Und was ich da verdiene ist halt dementsprechend auch ein Witz, also viel zu viel.« (A2)

Das sehen durchaus nicht alle Befragten so, aber selbst die, die gerne einen noch höheren Lohn hätten, wissen um die schlechteren Einkommenschancen in anderen Bereichen: »Also woanders ist es natürlich schlechter, aber der Lohn könnte auch ein bisschen mehr sein.« (A7)

Umgekehrt verhält es sich bei den Beschäftigten des ÖPNV. Von einer Überbezahlung sprach hier niemand. Sofern die Befragten mit ihrem Einkommen unzufrieden sind, begründen sie es überwiegend mit dem Verweis auf ein Missverhältnis zwischen hoher Verantwortung und relativ ungenügendem Entgelt:

»Ich weiß, dass es branchenmäßig wesentlich schlechter sein kann. Also allein bei uns in der Branche. Aber trotzdem, für die Verantwortung, die man jeden Tag trägt halt für teilweise über 150 Menschen, die alleine im Fahrzeug sind, plus alles, was noch außen rum ist, ist es dann doch irgendwie ein bisschen wenig Gegenwert in Geld. Klar, kann man auch sagen, wenn jetzt jeden Tag einer ankommt und sagt ›Das hast du ganz toll gemacht‹, dann ist das ja auch irgendwo eine Wertschätzung, aber [...] da kann man sich halt, auf Deutsch gesagt, nichts von kaufen.« (B3)

Ähnlich formuliert dies ein anderer Fahrer, verweist allerdings zusätzlich, wie auch andere Befragte, auf die besonderen Arbeitszeiten:

»Weil die Verantwortung, die wir haben, wir fahren zig Tausend Menschen und nicht nur Stückgut durch die Gegend, auch Feiertags und am Wochenende, immer unterwegs. Dafür, das liegt aber an der Politik [...], werden solche Dienste wesentlich zu wenig entlohnt. Ich meine, wir haben immer noch das Glück, dass wir etwas besser entlohnt werden als die Pflegekräfte. Aber ich finde, es muss sich in Deutschland massiv was tun, [...] weil wir sind ja auch immer Viren und Bakterien und allem ausgesetzt. Und wie gesagt, für die Verantwortung, die wir haben, und Wochenende und Feiertagsarbeit, müsste es eigentlich besser entlohnt werden.« (B9)

Deutlich unzufriedener mit der eigenen Bezahlung als die Automobilbeschäftigten waren auch die Krankenpflegekräfte, die interviewt wurden. Ein großer Teil von ihnen gab mittlere und untere Skalenwerte an, als sie danach gefragt wurden, wie zufrieden sie mit ihrem Lohn sind. Nicht ungewöhnlich sind in diesem Zusammenhang selbstgenügsame Statements, »[...] weil es ist schon ne Menge Geld, die man da bekommt und natürlich kann es immer mehr sein.« (P6) Oder:

»Ich verdiene 1900 netto. Damit komme ich gut über die Runden. Meine Frau verdient fast 2000. Sie ist auch im Öffentlichen Dienst beschäftigt, auch hier im Haus. [...] Wir haben ein Kind, wir kommen gut über die Runden, absolut. Also ich bin zufrieden.« (P5)

Ein Grund, der von Beschäftigten genannt wurde, die mit den gezahlten Löhnen unzufrieden sind, sind

»einfach die Dienste zu ungünstigen Zeiten, Wochenende, Nachtschicht, die Nachtschicht wird ja bei uns wirklich ganz schlecht bezahlt. Da lachen andere drüber. Und das ist ja wirklich einfach so ein immenser Lebenschnitt, sag ich mal [...]. Das wird einfach zu schlecht bezahlt. Sonn- und Feiertage, da ist einfach nicht genug Wertschätzung da.« (P4)

Ein anderer Grund, auf den unzufriedene Pflegekräfte verweisen, ist die Diskrepanz zwischen Lohnhöhe einerseits, der Arbeitsbelastung und auch der zu tragenden Verantwortung im Job andererseits. »Wenn man sich im Vergleich mit anderen Berufen so mit seiner Verantwortung sieht, oder es mit der Verantwortung in anderen Berufen vergleicht«, so fasst es eine Pflegekraft zusammen, »die halt weniger Verantwortung haben und mehr verdienen, ist es schon irgendwie nicht zufriedenstellend.« (P11)

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Deutungen der eigenen betrieblichen Lage unterscheiden sich deutlich zwischen den drei Beschäftigtengruppen – als drückende Ausbeutungsordnungen deutet keine der drei Gruppen den »eigenen« Betrieb. Vielmehr werden verschiedene Konsensmomente sichtbar, die zur Integration in den Betriebszusammenhang beitragen mögen: Bei den Autoarbeiter*innen der hohe Lohn, bei den Pflegekräften die Identifikation mit der Pflegetätigkeit, bei den Busfahrer*innen die Wertschätzung der Rahmenbedingungen im Öffentlichen Dienst und das Interesse an der Arbeitstätigkeit. Arbeitsweltliche Problemrohstoffe gibt es gleichwohl, wie ich oben dargelegt habe. Sie verdichten sich in den Kurzinterviews aber nicht zu scharfen Ungerechtigkeitsdiagnosen.

5.2.2 Die Gesellschaft: Jenseits von Katastrophismus und Harmonie

Der Blick auf die Gesellschaft, auf den wir in den Kurzinterviews stoßen, ist weit von Katastrophismus entfernt. Umgekehrt wäre es völlig falsch von »harmonischen Gesellschaftsdeutungen« zu sprechen. Die Gesellschaft wurde von den interviewten Beschäftigten durchaus als ungerecht und reformbedürftig gedeutet: Erneut wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala von 1 (sehr ungerecht) und 10 (sehr gerecht) zu schätzen, wie gerecht die deutsche Gesellschaft ist.

Von starken Ungerechtigkeiten sprach rund ein Viertel der Befragten, die auf diese Frage antworteten. Eine Mehrheit wertschätzte gesellschaftliche Errungenschaften, gerade im Vergleich zu den Verhältnissen, die in anderen Ländern beobachtet werden. Die deutsche Gesellschaft bzw. der deutsche Sozialstaat wird dabei von vielen Interviewten als eine Art Spitzenreiter gesehen, insbesondere wenn es um die soziale Absicherung vor Not und Krankheit geht. Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine Kritik gibt. Die gibt es. Sie wird aber vor diesem Hintergrund der grundsätzlichen Wertschätzung formuliert.

Wirklich als gerecht betrachteten allerdings nur drei der Befragten die deutsche Gesellschaft, mehr als die Hälfte wählte einen Skalenwert von 5 oder 6. Und: 18 der 33 Be-

fragten, die hierzu antworteten, nannten einen Skalenwert von 2 bis 5. Nur ein einzelner Gesprächspartner nahm die Gesellschaft als eine Art Schlachtfeld wahr, auf dem es Opfer übermächtiger Konzerne und ungerechter Politiker gibt, die das Volk unterdrücken, Ausländer bevorzugen und von Bill Gates oder anderen gesteuert werden.

Tabelle 24: Gerechtigkeit der Gesellschaft auf Skala von 1 bis 10 (absolute Zahlen Beschäftigte)

| Zustimmungswerte | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|------------------|-----------|---------------|------|--------|
| 2 | 0 | 1 | 0 | 1 |
| 3 | 0 | 2 | 1 | 3 |
| 4 | 4 | 0 | 0 | 4 |
| 5 | 2 | 3 | 6 | 11 |
| 6 | 2 | 3 | 2 | 7 |
| 7 | 1 | 2 | 2 | 5 |
| 8 | 2 | 0 | 0 | 2 |
| 9 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 10 | 0 | 1 | 0 | 1 |

Quelle: Eigene Darstellung

Allerdings: Kritisch fanden die Befragten sehr unterschiedliche Sachverhalte und Entwicklungen im Land. Einen ersten Eindruck davon vermittelt der Blick auf häufige Nennungen gesellschaftlicher Probleme. Gefragt wurden die Interviewpartner*innen vor welchen Problemen die deutsche Gesellschaft stehe bzw. welche es im Land gebe. Die Befragten gaben sehr unterschiedliche Rückmeldungen, und nicht alle Kritiken, die sie im Laufe der Kurzgespräche äußerten, tauchten in diesen ersten Reaktionen auf.

Im Folgenden finden sich alle Antworten, die häufiger als einmal gegeben wurden. An der Spitze der Entwicklungen, die die Befragten aus dem Gewerkschaftsmilieu sorgten, standen der politische Rechtsruck, der mit den Wahlerfolgen der AfD, teilweise aber auch mit der Wahrnehmung von Alltagsrassismus verbunden wurde – gleich gefolgt von kritischen Einschätzungen der Einkommensungleichheit, der Unterfinanzierung des Gesundheitssystems und der Rentenarmut. Eine relevante Minderheit der Gesprächspartner*innen verwies allerdings auch auf die Bevorzugung von Migrant*innen, die sie wahrnahmen und die sie empörte. Den Klimawandel nannten, gefragt nach den größten Problemen in der Gesellschaft, dagegen »nur« drei Gesprächspartner*innen.

Tabelle 25: Häufig genannte gesellschaftliche Probleme (absolute Zahlen Beschäftigte)

| Genannte Probleme | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|-------------------------------------|-----------|---------------|------|--------|
| Keine Probleme | 2 | 0 | 0 | 2 |
| Privatisierungen | 1 | 1 | 0 | 2 |
| Pol. Extremismus | 2 | 1 | 0 | 3 |
| Klimawandel | 1 | 1 | 1 | 3 |
| Egoismus | | 1 | 3 | 4 |
| Rentenarmut | 1 | 1 | 2 | 4 |
| Bevorzugung Migranten | 0 | 2 | 2 | 4 |
| Unterfinanzierung Gesundheitssystem | 1 | 3 | 0 | 4 |
| Einkommensungleichheit | 2 | 2 | 2 | 6 |
| Rechtsruck | 4 | 0 | 3 | 7 |

Quelle: Eigene Darstellung

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, was die befragten Beschäftigten sofort verändern würden, wenn sie es könnten. Um das herauszufinden wurden sie gebeten zu sagen, welche Reform sie als Bundeskanzler*in sofort auf den Weg bringen würden, wenn sie es könnten. Anders als auf die Frage nach den zentralen oder größten Problemen fielen die Antworten darauf viel detaillierter aus. Die Einzelantworten reichten von »Den Einfluss der Wirtschaft auf die Politik verringern« und »Bürokratie abbauen« über »Zeitarbeit abschaffen« bis hin zu »Härtere Strafen für Sexualstraftäter einführen« und »Nicht-arbeitende Ausländer abschieben«. Ich habe, wo es möglich war, thematisch geclustert. Im Folgenden sind alle Reformwünsche aufgeführt, die mindestens zweimal genannt wurden:

Tabelle 26: Häufig genannte Reformwünsche (absolute Zahlen Beschäftigte)

| | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|---|-----------|---------------|------|--------|
| Bedingungsloses Grundeinkommen schaffen | 2 | 0 | 0 | 2 |
| Mehr Geld für den Öffentlichen Dienst | 0 | 0 | 2 | 2 |
| Verstaatlichung (weiterer Teile) Pflegesektor | 0 | 1 | 1 | 2 |
| Arbeitslosigkeit senken | 1 | 1 | 0 | 2 |
| Rentenarmut senken | 0 | 2 | 1 | 3 |
| Verbesserung Bereich Sozialversicherung | 1 | 2 | 0 | 3 |

| | | | | |
|-----------------------------------|---|---|---|---|
| Mehr für Klimaschutz tun | 1 | 1 | 1 | 3 |
| Verbesserung (Aus-)Bildung | 1 | 1 | 1 | 3 |
| Einkommensungleichheit verringern | 2 | 0 | 2 | 4 |

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der bevorzugten Reformpolitik dominieren Wünsche, die eine andere Wohlfahrtsstaatspolitik (zumindest zu Teil) möglich machen würden: Durch höhere Mindestlöhne und eine Steuerpolitik, die untere Einkommen entlastet, höhere hingegen stärker belasten würde, könnte ein umverteilender Sozialstaat beispielsweise Einkommensunterschiede verkleinern – durch eine Reform der Rentenversicherung, die Beitragssätze der Unternehmen erhöht und auch Beamte in das Rentensystem einzahlen ließe, die Rentenarmut bekämpft werden. Kurz: Als Bundeskanzler*innen würden sich die Befragten in erster Linie für eine Veränderung der Sozialstaatspolitik einsetzen.

Die erodierende Mitte

In Kapitel 5.1.1 und 5.1.2 habe ich skizziert, dass Wahrnehmungen einer wachsenden Ungleichheit bzw. kritische Einschätzungen zum Ausmaß der materiellen Ungleichheit weit verbreitet sind. Ähnliche Haltungen zeichnen sich auch in den Kurzinterviews ab. Eine weithin geteilte Deutung ist unter den Befragten, dass die Mittelschicht an Bedeutung verliert und die Schere zwischen Arm und Reich zunimmt. In der Kurzbefragung wurde dieses Statement mit der Bitte vorgestellt, es zu kommentieren. Widersprochen wurde ihm immerhin von etwa einem Viertel der Interviewpartner*innen. Von den befragten Beschäftigten aus der Automobilindustrie, die – siehe oben – am zufriedensten mit ihren Löhnen waren, stimmte nur eine Person (von 12) dieser Deutung nicht zu, von den Pflegekräften waren es drei (von 11), von den Busfahrern 4 (von 10).

Zu unterstreichen ist dabei, dass die Aufteilung in Ober-, Mittel- und Unterschicht ganz überwiegend durch Verweise auf das verfügbare Einkommen und damit mögliche gesellschaftliche Teilhabe aufgegriffen wurde. Die Mittelschicht sind alle, zugespitzt formuliert, die von ihrer Lohnarbeit sorgenfrei leben können, weder zu viel haben, noch Not leiden müssen. Es ist ein Dazwischen, dem eine Ökonomie der Not ebenso fremd ist wie ein Leben in Überfluss. Fast alle, die der Deutung, die Mittelschicht verliere an Bedeutung, zustimmten, verorteten sich gleichwohl in ihr. Nicht-Mittelschicht, das sind in der Regel die anderen. Eine Krankenpflegerin meinte:

»Ich würde das schon so unterschreiben. Obwohl ich würde sagen, wir alle sind noch die Mittelschicht. Aber die Unterschiede werden immer größer. Also es gibt [...] oft nur noch das eine oder das andere Extrem. Und die Mittelschicht wird halt total ausgedünnt und das sieht man jetzt zum Beispiel auch in den Großstädten, dass man sich als normalarbeitender Mensch zum Beispiel hier kaum noch Wohnungen leisten kann, weil alles entweder darauf ausgelegt ist, dass es Sozialwohnungen sind, wo du selber nicht rankommst, oder dass es extrem teure Neubauten sind, die wir uns als normale Mittelschicht auch einfach nicht mehr leisten können.« (P11)

Starke Diagnosen, die die Erosion der Mitte z.B. auf größere ökonomische Veränderungen (z.B. Globalisierung) oder strukturell auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zurückführen, tauchten in den kurzen Interviews nicht auf. Allerdings wurden durchaus Zusammenhänge zum Unternehmer*innenhandeln hergestellt. Teilweise wurde die Erosion der Mitte z.B. mit der Ausbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen in Zusammenhang gebracht. Bei einem Automobilarbeiter heißt es etwa:

»Das geht auf jeden Fall dahin würde ich sagen. Also ich sag mal so, mit meinem Gehalt fühle ich mich schon noch so als Mittelschicht. Aber langsam geht es schon dahin, dass das Geld dir entzogen wird. Also es [...] wandert immer nur noch zu den Reichen. Alles wird teurer. Man sieht ja auch, wenn man jetzt draußen arbeitet, nicht in unserem Konzern, da findest du gar nichts mehr. Ich hatte ja auch nur das Glück gehabt hier anzufangen. Weil ich auch damals, als ich meine Ausbildung abgeschlossen hab, einzig wo meine Möglichkeiten waren, waren nur Zeitarbeitsfirmen. Ich hatte gar keine Chance in einer normalen Firma einzusteigen. Weil da kamen nur noch Absagen. Und was haben die mir geboten? Dann 12, 13 Euro. Ich habe mich überall beworben: Berling, Hamburg, aber selbst da 10 Euro, 11 Euro. Da kannst du dir nicht mal eine Wohnung leisten, kannst nicht mal deinen Kühlschrank vollmachen. Und da hatte ich Glück gehabt, dass ich über die Zeitarbeit hier reingekommen bin und da die fünf Jahre ausgehalten hab, Gott sei Dank, gabs einen Festvertrag.« (A12)

Die zustimmend aufgegriffene Deutung »Erosion der Mittelschicht« wird hier mit Veränderungen in der Industrie bzw. mit den Beschäftigungsstrategien in Unternehmen in Verbindung gebracht – nur mit Glück schaffte der Befragte den Einstieg in den konzern-internen Arbeitsmarkt, der Sicherheit und ein relativ hohes Lohnniveau bietet. Dass es in vielen anderen Bereichen anders aussieht, unterstreicht auch ein anderer Beschäftigter, der im selben Automobilkonzern arbeitet:

»Ja, also die Mittelschicht stirbt langsam aus. Also gut, ganz zur Unterschicht würde ich uns nicht zählen, wir gehen ja noch arbeiten und werden einigermaßen bezahlt. Aber es gibt ja auch, teilweise wenn du hörst bei anderen Unternehmen oder so, dann arbeiten die den ganzen Tag und müssen auch noch zum Sozialamt gehen. Das ist nicht in Ordnung.« (A7)

Und ein weiterer Kollege lässt wissen:

»Da ist was dran, also die Schere wird immer größer. [...] Ich würde mich jetzt nicht als arm bezeichnen, dafür hab ich einen zu gut bezahlten Job. Aber wenn ich jetzt gucke, was ein Handwerker verdient im Jahr. Der muss schon echt reinklotzen, um so viel Kohle zu verdienen. Und was zum Beispiel eine Krankenschwester verdient, weil meine Mutter ist Krankenschwester, meine Tante ist Krankenschwester, mein Onkel ist gelernter Krankenpfleger und meine Schwester arbeitet auch beim Roten Kreuz. Ja, das ist lächerlich für das, was die leisten. Es gibt nur noch Oben und Unten, es gibt keinen Dazwischen mehr [...]. Um dazwischen zu kommen, musst du dich echt anstrengen.« (A3)

Dass die Erosion der Mitte insbesondere an der sozialen Lage anderer Menschen festgemacht wird, ist kein Alleinstellungsmerkmal der interviewten Automobilbeschäftigten. So unterstreicht etwa ein Busfahrer, der eine deutliche soziale Polarisierung wahrnimmt, insbesondere die klar sichtbaren Unterschiede zwischen den Arbeitsmarkt- und Lebenschancen oberer Lohnabhängigengruppen und der Situation von arbeitenden Armen, die mehrere Beschäftigungsverhältnisse eingehen müssen.

»Ja, wobei ich, ich sage mal die wirkliche Mittelschicht, die gibt es noch gering. Die nimmt ab. Weil ja es gibt nur noch die Oberen. Die werden gut bezahlt sind in gut bezahlten Stellen, haben auch andere Posten, haben auch andere Möglichkeiten weiter zu kommen. Und wenn ich mir dann viele jüngere Menschen ansehe, ansehen muss, die manchmal zwei drei Jobs haben müssen, um über die Runden zu kommen, ist das nicht das, was unsere Väter mal im Grundgesetz vorgesehen haben. Also diese Mittelschicht selber, die von ihrem Einkommen auch leben kann und damit noch ein bisschen was noch überhat, ist weniger geworden, oder wird weniger. Die Masse lebt nur noch von der Hand in den Mund. Und die anderen haben einen Überfluss und wissen nicht wohin damit.« (B10)

Die Befragten sehen, kurz gesagt, eine Gesellschaft der sozialen Polarisierung – von der sie selbst (bisher) nicht betroffen sind.

Zum Teil wurden solche Deutungen durch national-solidarische Erzählungen ergänzt. In diesen Fällen wurde in den Kommentaren (bzw. daran anknüpfenden Reflexionen) zur angebotenen Deutung »Erodierende Mittelschicht) auch kritisch auf die Bevorzugung von »Ausländer*innen« hingewiesen oder unterstrichen, dass zunächst einmal Sorge für die Menschen im eigenen Land getragen werden müsse. So heißt es etwa bei einem betrieblichen Interessenvertreter aus dem ÖPNV:

»Also so eine Mittelschicht, so wie es früher mal war, finde ich, gibts auch nicht mehr. Und das ist auch wieder das, was ich meine. Es muss auch mehr im eigenen Land geguckt werden das da jeder vernünftig leben kann. Also wenn ich sehe, meine Eltern oder auch die Generation davor, die sind mit einem Gehalt klargekommen. Da ist der Vaterernetwegen Arbeiten gegangen und die Mutter war zu Hause und hat auf die Kinder aufgepasst. Das funktioniert heute gar nicht mehr. Wenn heute nicht beide Elternteile arbeiten, wird es sehr schwierig und zum Teil reicht noch nicht einmal das aus. Und das finde ich sehr schade. Also das dürfte so nicht sein.« (B9)

Im Blick zurück wird eine Verschlechterung sichtbar, früher konnte eine Familie von einem Einkommen leben, heute nicht mehr. Innerhalb des Gesamtgesprächs wird diese Feststellung in einen Zusammenhang mit der so wahrgenommenen Bevorzugung von Migrant*innen gebracht. Hier zeichnet sich eine national ausgrenzende Solidarhaltung ab, für die die Unterstützung von Zugewanderten eine Art Provokation darstellt (Altreiter/Flecker/Papouschek 2022, 340) angesichts der Nöte Einheimischer:

»Ich finde es läuft in dem Sinne schief, dass mehr für Drittländer, Asylanten und so... ich bin nicht rassistisch, nicht falsch verstehen. Aber dass da sich mehr für die Leute

eingesetzt wird als für die eigenen Leute hier im Land. Wir haben also im Land selber viele Leute, die dringend Hilfe bräuchten. Allein wenn man in der Schule sieht Kinder, die noch nicht mal die Möglichkeit haben Brot von zu Hause mitzunehmen, weil das Geld nicht da ist und auch die Altersarmut. Ich finde da müsste man im eigenen Land erstmal gucken und da mehr Hilfe reinstecken als alles nach außen zu stecken.« (B9)

Eine kritische Sicht auf den Umgang mit Migrant*innen findet sich aber auch bei Befragten, die keineswegs von einer wachsenden sozialen Ungleichheit ausgehen. Neben eine ethnische Sozialkritik (Dörre 2018, 51), die mit Sozialleid- und Verschlechterungserzählungen verbunden ist (Bose/Köster/Lütten 2018, 215), tritt eine eher prinzipielle Benachteiligungs- bzw. Bevorzugungskritik. Eine Krankenpflegerin etwa unterstreicht, dass die sozialen Ungleichheiten in Deutschland nicht mit denen in den USA verglichen werden könnten. In Deutschland gebe es die Mittelschicht. Ungerecht gehe es dennoch zu im Land: »Also ich finde, unseren ausländischen Mitbürgern wird es hier doch sehr leicht gemacht. Und das macht mich unzufrieden.« (P2) Ihr selbst gehe es sozial gut. Und: »Ich werde mit Sicherheit nicht arbeitslos werden. Aber ich denke, die Migranten, die bekommen hier wirklich alles zugestanden und sind sehr fordernd.«

5.2.3 Rechtsruck und Klimaschutz

Solche national-solidarischen Abgrenzungen, die sich bei einem Teil der Befragten finden, stehen deutliche Grenzziehungen⁸ nach rechts bei anderen gegenüber. Fremdenfeindlichkeit ist insofern nicht die einzige Form der Distanzierung, die von Interviewten vorgenommen wird. Ein wichtiges gesellschaftliches Problem, das von einer großen Minderheit der Befragten (siehe oben) benannt wurde, ist der Rechtsruck, der insbesondere mit Wahlerfolgen der AfD, teilweise aber auch mit Beobachtungen von Alltagsrassismus in Verbindung gebracht wurde. Gleichzeitig heißt dies: Die Abgrenzung gegen die extreme Rechte spielt für einen nennenswerten Teil der Interviewpartner*innen eine zentrale Rolle, erscheint in den Interviews als durchaus prägend. Die Sorge vor der Rechtsentwicklung treibt sie um, wie es etwa ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie zum Ausdruck bringt:

»Ich finde, es gibt kein größeres Übel im Augenblick als die scheiß Nazis. Vor allem diese Nazi-Partei im Bundestag. Also es kann doch nicht sein, dass wir bis 45 Nazis in der Regierung hatten, und jetzt kommen die Dreckssäcke wieder. Ich möchte keinen Krieg erleben und wie es aussieht, versuchen die da echt einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen. Und das ist ganz furchtbar.« (A3)

8 Ich werde im Folgenden an verschiedenen Stellen den Begriff der »(symbolischen) Grenzziehung« nutzen. Mit Grenzziehung meine ich begriffliche Unterscheidungen, mit deren Hilfe Menschen bestimmte Personen, Objekte oder auch Praktiken voneinander abgrenzen. Es geht dabei um Abgrenzung und Distanzierung und damit zugleich – umgekehrt – um die Herstellung eines Wir. Bei Grenzziehungen geht es um »uns« und »die« – und darum, was »uns« von »denen« unterscheidet (Sachweh 2010, 164).

Ein ÖPNV-Betriebsratsvorsitzender drückt seine Sorge wie folgt aus:

»[...] ich muss sagen, wenn ich so sehe unsere Entwicklung hier mit diesen rechten, AfD zum Beispiel, da wird mir übel, wenn ich das sehe und da ist auch bald keiner mehr, der Bezug zur Vergangenheit hat. Ich bin eigentlich immer dafür nach vorn zu gucken aber manchmal ist es auch mal gut in die Geschichte zu gucken. Und wenn man in der eigenen Familie Familienmitglieder hat, die das alles erlebt haben, also den zweiten Weltkrieg oder auch ihre Heimat verlassen mussten, ich glaube da hat man dann ganz andere Denkweisen, als wenn man da überhaupt nichts mit zu tun hat und da sehe ich auch eine gewisse Gefahr für unsere Gesellschaft. Dass das völlig ignoriert wird. Ich finde es schlimm, wenn einer ruft und tausend Leute rennen hinterher, also da ist doch irgendwas faul. Also ich dachte aus diesem Zeitalter wären wir raus. Aber das ist immer noch so komischerweise.« (B7)

Festgemacht wird die Abgrenzung von der extremen Rechten an ganz unterschiedlichen Beobachtungen, etwa an Coronaprotesten von Querdenker*innen oder an eskalativem Diskussionsverhalten von AfD-Politikern im Bundestag, wie es ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie tut:

»Na ja, ich sage mal, der Rechtsruck ist ja zu erkennen durch die Demonstrationen und so weiter, die zur Zeit stattfinden. Also wenn man jetzt die Rede der Bundeskanzlerin von heute Morgen nimmt, die ich mir angucken konnte, dann war das ja auch sehr bezeichnend. Diese Zwischenrufe, man hat ja genau gesehen, wer hat gesprochen und wo wurde zwischen gerufen. Man hat eigentlich alle aussprechen lassen und nur bei ihr gab es die extremen Zwischenrufe und wo dann ja auch im Grunde genommen der Bundestagspräsident einschreiten musste und also das ist schon bezeichnend und die kamen ja auch nur aus der AfD Ecke.« (A5)

Klima- und Umweltschutz

Der Klimawandel wird ebenfalls von einer relevanten Minderheit der Befragten für ein wichtiges gesellschaftliches Problem bzw. eine zentrale Herausforderung gehalten. Sechs der 34 Interviewpartner*innen gingen auf dieses Thema entweder anlässlich der Frage nach zentralen gesellschaftlichen Problemen oder den dringendsten Reformen ein, die sie als Bundeskanzler*innen sofort auf den Weg bringen würden. Ein Automobilarbeiter antwortete auf die Frage danach, was eigentlich schief laufe im Land:

»Schief läuft auch das mit den Waldabholzungen. Da zum Beispiel diese Fridays-For-Future-Kids, die sich da in ihren Baumhäusern verbarrikadiert haben im Dannenröder Forst. Habe ich alle Achtung vor. Ich habe mich auch mal mit einem von denen unterhalten, die haben schon recht. Das Wetter wird immer extremer und irgendwann muss man anfangen was zu ändern. [...]. Das ist halt schon ein großes Problem, die Umwelt macht mir echt Sorgen.« (A3)

Ein anderer Beschäftigter der Automobilindustrie lässt wissen:

»Klimathemen würde ich definitiv voranstellen, weil wenn das jetzt nicht in den nächsten 20,30 Jahren sich nicht verändern, dann brauchen wir uns sowieso keine Gedanken mehr machen, weil dann sind wir bald weg.« (A2)

Und bei einem Beschäftigten des ÖPNV hieß es:

»Also diese Klimaproblematik fällt uns richtig auf die Füße. Und da bin ich der Meinung, da muss was passieren. Und da sind wir dann auch wieder bei Entscheidungen und unpopulären Entscheidungen: Da geht es nicht darum, ob das populär ist oder so, da gehts um die Notwendigkeit. Und das kann man nicht mehr wegdiskutieren oder auf die lange Bank schieben, da bin ich fest von überzeugt. Ein Beispiel, ich sammel sehr, sehr gern Pilze und 1989 hat es mal so ein riesen Aufregen gegeben übers Wäldersterben, da ging es dem Wald nicht so gut durch den sauren Regen. Und die Wälder, wo ich die Pilze gesammelt hab, die waren dieses Jahr nicht mehr da. Also das fand ich so erschreckend und das ist ja erst der Anfang. Und das wird uns alle sehr, sehr viel Geld kosten und da muss man dran. Also da bin ich der Meinung das wird auch für viel Elend sorgen, dass wir nicht nur ein paar Sommertage mehr kriegen, da hängt ganz, ganz viel dran, also da bin ich fest von überzeugt.« (B11)

Dass das Gros der Befragten das Thema Klimawandel nicht als wichtiges Thema ansprach, heißt natürlich nicht, dass es keine Bedeutung für sie hat. Aber auch unter den Kurzbefragten gab es skeptische und ablehnende Stimmen, wenngleich es nur wenige waren, die von sich aus kritisch auf den Klima- und Umweltschutz zu sprechen kamen. Ein Automobilarbeiter erklärt, weshalb er die CDU wählen möchte:

»Die Grünen würde ich nicht wählen, weil ich mir das nicht leisten kann später für einen Liter Benzin 5 Euro zu zahlen oder mir in meiner Bude den Arsch abzufrieren, weil ich kein Heizöl habe. Du kannst nicht immer nur schreien »Umweltschutz, Umweltschutz«, das ist ja alles gut und schön, das ist genauso mit den Elektroautos. Das ist ja wunderbar und die Elektroautos sind die größten Drecksschleudern.« (A4)

5.2.4 Der gute Sozialstaat?

Der Sozialstaat ist in der deutschen Bevölkerung ebenso beleibt, wie gegenüber Politiker*innen und Parteien großes Misstrauen besteht. Das haben zumindest quantitative Befragungen gezeigt (siehe Kap. 5.1). Auch in der qualitativen Kurzbefragung wurden diese Problemkomplexe deshalb zum Thema gemacht. Die Untersuchung der betriebs- und gesellschaftsbezogenen Deutungen wurden durch einen Blick darauf ergänzt, wie die interviewten Beschäftigten das politische Feld wahrnahmen. Welche Sozialstaatsorientierungen finden sich bei ihnen und wie deuten sie das Verhältnis zwischen Politiker*innen und Wähler*innen, wie urteilen sie über »die« Demokratie? Wie beurteilten die befragten Beschäftigten also vor dem Hintergrund der oben dargestellten Deutungen der eigenen betrieblichen Situation und der gesellschaftlichen Entwicklung den

deutschen Sozialstaat? Welche Aufgaben soll er ihres Erachtens erfüllen, was sollte er leisten?

Zunächst ist festzuhalten: Die Befragten hatten überwiegend eine positive Meinung vom deutschen Sozialstaat, nicht selten wurde dessen Wert und Qualität unterstrichen, indem auch in diesem Zusammenhang auf die Verhältnisse in anderen Ländern hingewiesen wurde (ähnlich: Sachweh 2010, 45). Allerdings führt diese positive Grundhaltung nicht umstandslos zu hoher Zufriedenheit bzw. Kritiklosigkeit. Die Interviewpartner*innen wurden gebeten die Frage zu beantworten, wie zufrieden sie auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 10 (sehr) mit dem deutschen Sozialstaat sind. Von denen, die diese Frage beantworteten, gab etwa ein Fünftel an zufrieden zu sein (Werte 8 und 9), etwa Zweidrittel gaben dagegen mittlere Zufriedenheitswerte (5–7) an.

Tabelle 27: Zufriedenheit mit dem Sozialstaat (absolute Zahl Beschäftigte)

| Zufriedenheitswerte | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|---------------------|-----------|---------------|------|--------|
| 2 | 0 | 1 | 0 | 1 |
| 3 | 0 | 1 | 1 | 2 |
| 4 | 0 | 1 | 0 | 1 |
| 5 | 2 | 2 | 2 | 6 |
| 6 | 2 | 2 | 0 | 4 |
| 7 | 5 | 2 | 4 | 11 |
| 8 | 2 | 0 | 1 | 3 |
| 9 | 1 | 2 | 0 | 3 |

Quelle: Eigene Darstellung

»Wir Deutschen meckern ja grundsätzlich immer. Aber wenn ich das zu anderen Ländern vergleiche, da schießen wir schon über die Skala hinaus«, mit diesen Worten begründet ein Automobilarbeiter seine Selbsteinstufung mit 7 auf der Skala der Sozialstaatszufriedenheit. Allerdings wäre es falsch, würde man – wie gesagt – mittlere Einstufungen mit Kritiklosigkeit oder grundsätzlicher Zufriedenheit verwechseln. Ein Busfahrer, der ebenfalls einen Skalenwert von 7 wählte, verweist in seiner Begründung beispielsweise auf vielfältige Probleme. So meint er etwa, dass von staatlichen Unterstützungsleistungen »das meiste noch zu wenig bei den wirklich Bedürftigen ankommt.« (B4)

Überhaupt ist die Frage, weshalb eigentlich die Befragten mit dem Sozialstaat unzufrieden waren. Ich werde darauf unten ausführlicher eingehen. An dieser Stelle soll der Hinweis genügen, dass hier völlig unterschiedliche Kritiken sichtbar wurden. Sie reichten von spezifischen Kritiken an einzelnen Sozialstaatsleistungen (z.B. der Schule) bis hin

zu enttäuschten Erwartungen an eine Erwerbslose strafende oder – im Gegenteil – stärker absichernde Sozialpolitik.

Gefragt wurde ebenfalls, welche Aufgaben der Sozialstaat auf jeden Fall erfüllen müsste, was also die wichtigsten sozialpolitischen Leistungen in den Augen der Befragten sind, die der Staat erfüllen muss. Auch hier wurde eine breite Palette von Antworten gegeben, die von »Gemeinwohl schaffen« über »Arme unterstützen« bis hin zur Forderung reichte Lebensmittel bezahlbar zu halten. Ich habe diese Antworten erneut thematisch geclustert, wo dies möglich war. Im Folgenden findet sich erneut ein Ranking der häufigsten Antworten. Dabei überschneiden sich bestimmte Antworten (z.B. soziale Absicherung als Überbegriff, der genannt wurde, und konkret Arbeitslosenversicherung).

Tabelle 28: Aufgaben, die der Sozialstaat erfüllen sollte (absolute Zahlen Beschäftigte)

| Genannte Sozialstaatsaufgaben | Automo- bil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|----------------------------------|----------------|---------------|------|--------|
| Würdiges Leben bieten | 2 | 0 | 1 | 3 |
| Bestrafung »fauler« Erwerbsloser | 0 | 0 | 3 | 3 |
| Arbeitslosenversicherung | 2 | 1 | 0 | 3 |
| Rentenversicherung | 1 | 2 | 1 | 4 |
| (Aus) Bildung | 1 | 2 | 1 | 4 |
| Krankenversicherung | 2 | 2 | 1 | 5 |
| Soziale Gerechtigkeit schaffen | 2 | 1 | 2 | 5 |
| Gesundheitssystem | 1 | 1 | 3 | 5 |
| Einkommensungleichheit senken | 2 | 1 | 2 | 5 |
| Soziale Absicherung | 3 | 2 | 2 | 7 |

Quelle: Eigene Darstellung

Diese Antworten lassen sich, nimmt man Bezug auf die in Kapitel 2.2 herausgearbeiteten Formen der Sozialstaatspolitik als starkes Plädoyer für einen grundsätzlich absichernden Sozialstaat lesen, wenngleich – wie ich unten noch zeigen werde – das Gros der Befragten keine bedingungslose Sicherung und weitreichende Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft wünscht. Nur eine relevante Minderheit (siehe unten) spricht sich für eine Art bedingungsloses Grundeinkommen aus. Auch eine umverteilende Wohlfahrtsstaatspolitik könnte auf breite Unterstützung unter den Beschäftigten zählen. Die Forderung nach dem Abbau von Einkommensungleichheiten zeigen das nur ansatzweise.

Alle Interviewten wurde darüber hinaus gefragt, ob sie höhere Reichensteuern und die Erhöhung von Unternehmenssteuern befürworten würden, um bessere Sozialpolitik zu finanzieren. Nur zwei der Befragten sprachen sich dagegen aus. In den Begründungen, die für die Zustimmung zu Reichen- und/oder höheren Unternehmenssteuern erbeten

wurden, kommen spezifische Urteile über Vorteile der Vermögenden und teilweise auch über die Vermögens- und Reichtumsverteilung in Deutschland zum Ausdruck. Deshalb möchte ich hier einige Ö-Töne ausführlicher wiedergeben. Ein Busfahrer etwa sagt »da hätte ich kein Problem mit [...]. Weil da sind wir wieder bei dem Punkt: Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer.« (B4) Ein anderer Beschäftigter des ÖPNV meint:

»Wenn ich bedenke, dass drei oder fünf Prozent unserer Bevölkerung [...] die Hälfte des Geldvermögens besitzen aber nicht Steuern zahlen, was die anderen 90 oder 95 Prozent zahlen, dann ist das so, dass [...] die Vermögen auch besteuert werden müssten.« (B10)

Ein Beschäftigter der Automobilindustrie weiß: »Klar muss man das mit Augenmerk machen. Aber die Reichen kommen eigentlich immer besser davon. Das geht so nicht.« (A10) Ein Busfahrer erläutert seine Zustimmung wie folgt:

»Weil man hört ja leider, je mehr man verdient, desto weniger Steuern muss man zahlen. Und das ist der verkehrte Weg, weil die kleinen Leute, die eh schon wenig haben, die werden zur Kasse gebeten und müssen blechen. Und die Großen, die werden immer fetter. Und deswegen wird ja auch die Schere immer größer.« (B9)

Auch eine Krankenpflegkraft thematisiert eine Ungleichheit hinsichtlich der steuerlichen Belastung der Reichen und des Volkes:

»Weil die Reichen, die sind ja so clever, die haben ja auch Möglichkeiten ihre Schäflein irgendwie so zu verteilen, dass sie keine Steuern mehr zahlen und wir mit unserem bisschen Krankenschwesterngehalt, wir haben keine Möglichkeit irgendwas an der Steuer vorbei zu schleusen. Erstens haben wir überhaupt nicht das Wissen dazu wie das geht. Zweitens kann das arbeitende Volk in meinen Augen gar nicht so schlecht denken wie die Reichen.« (P8)

Vermögende und Reiche haben nicht nur Vorteile, für die Befragte handeln sie auch unmoralisch – so schlecht wie die Reichen könnte das arbeitende Volk nie denken. Ein Automobilbeschäftigter unterstreicht hingegen das Verhältnis zwischen hohen Gewinnen (»starke Schultern«) und zu niedrigen Steuerzahlungen. Dabei thematisiert er auch das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit:

»Ich finde, wer viel Geld hat, kann auch ein bisschen was abgeben. Und ich finde auch, so Firmen, so hier jetzt mit Apple oder Amazon, die bezahlen hier in Deutschland ganz wenig Steuern [...]. Und die verdienen Milliarden, bezahlen ihre Arbeiter nun wirklich nicht gut. Da sollte der Staat auch mal zulangen [...]. Das würde ich schon ganz gut finden, wenn so große Firmen ihre Leute nicht gut bezahlen, denn eben halt auch mehr Steuern bezahlen. Das siehst du auch hier mit den Schlachthöfen oder so. Da holen sie sich dann von draußen da Leute rein, die kriegen da einen Hungerlohn, pennen da mit zig Leuten in einem Zimmer, [...] werden voll ausgenutzt. Und die schaufeln sich da

voll mit Milliarden. Da sollte der Staat mal wirklich die Steuern hochsetzen. Und dann kann man auch alles finanzieren damit.« (A4)

Für staatliche Regulierung

Wie ich in Kapitel 2.2 gezeigt habe, ist der Sozialstaat nicht nur ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen gesellschaftlichen Klassen, er wirkt auch auf das Kräfteverhältnis und die grundsätzliche Machtungleichheit zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten ein. Sozialistische Sozialstaatspolitik versucht die Macht der Lohnabhängigen zu stärken und die der Unternehmen einzugrenzen, (neo-)liberale Wohlfahrtsstaatspolitik versucht das genaue Gegenteil. Von Interesse war in der Kurzbefragung deshalb auch, ob der Sozialstaat auch die Macht der Unternehmen begrenzen sollte, oder ob sich die Befragten eher weniger staatliche Eingriffe in den Marktprozess wünschten. Um das herauszufinden wurden sie gebeten ihre Meinung zu zwei Statements abzugeben. Das erste Statement sagte aus, der Sozialstaat solle die Macht von Unternehmen einschränken und der Wirtschaft klare Vorschriften machen. Das zweite Statement besagte, der Staat solle sich aus der freien Wirtschaft möglichst heraushalten. Mehr als Zweidrittel der Befragten entschied sich für das erste Statement, nur fünf meinten, der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.

Tabelle 29: Der Staat soll die Macht von Unternehmen einschränken (absolute Zahl der Beschäftigten)

| | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|--------------------|-----------|---------------|------|--------|
| Raushalten | 1 | 3 | 1 | 5 |
| Teils/Teils | | | 4 | 4 |
| Macht einschränken | 11 | 7 | 5 | 23 |

Quelle: Eigene Darstellung

Für ihre Entscheidung für eine Einschränkung unternehmerischer Macht durch den Staat gaben die Gesprächspartner*innen sehr unterschiedliche Begründungen. Sie lassen sich zu drei Tendenzen bündeln. Erste Deutungstendenz: Ein Teil der Befragten assoziierte mit der Einschränkung der Unternehmensmacht den Status Quo, also das System der sozialen Marktwirtschaft, das es zu bewahren gelte. Ein Beschäftigter der Automobilindustrie etwa lässt wissen »Ist ja eine soziale Marktwirtschaft. Wir hatten früher eine Milchpreisbindung, eine Zuckerpreisbindung, das gibt's alles nicht mehr.« (A6) Und bei einem Krankenpfleger heißt es in seiner Begründung:

»Weil ich sehr zufrieden bin mit der sozialen Marktwirtschaft, die wir hier in Deutschland leben. Das ist ja auch das Gute mit den Betriebsräten oder Aufsichtsräten oder so, dass eben eine Firma keine Ausbeutung macht. [...]. Das heißt eben wirklich soziale Marktwirtschaft, das heißt eben Kooperation mit dem Arbeitnehmer, dass der Mitspracherecht hat [...].« (P5)

Zweite Deutungstendenz: Ein anderer Teil der Befragten reagierte positiv auf das Statement »Einschränkung der Macht von Unternehmen«, indem dies als Gegenmittel zum starken Einfluss interpretiert wurde, den »die« Wirtschaft auf die politische Entscheidungsfindung hat. Ein Busfahrer führt beispielsweise aus:

»Da bin ich dafür, dass die Macht der Unternehmen mehr eingeschränkt werden soll. Ganz einfach, weil die Lobbyisten unseren Staat regieren. Da wo das Geld ist, die haben die Macht und die haben auch die Macht auf die Politik. Warum machen wir denn so spät unseren Lockdown? Die haben Angst, die Kohle muss immer stimmen, das ist das Wichtigste. Ich glaube schon, wenn man die Unternehmen mal so ein bisschen deckeln würde, das würde nicht schaden. Ich meine, wenn ich schon sehe, was die Autoindustrie für einen Einfluss auf die Politik hat. Wir reden ja alle von Klimawandel, also wenn wir nicht bereit sind grundsätzlich was zu ändern, auch wirtschaftlich, werden wir kein Klima verändern. Es geht nur um Gewinn, Gewinn. Ich denke, da sollte man den Unternehmen wirklich mal etwas auf die Finger gucken. Bestes Beispiel: Die Lufthansa kriegt was weiß ich zick Milliarden vom Staat und vierzigtausend Leute werden entlassen. Also ich kann doch nicht jemandem Geld geben ohne Bedingungen. Und da finde ich ist die Politik auch gefordert mehr Druck auf die Unternehmen auszuüben.« (B7)

Zuspitzend könnte man diese Ausführungen als ein Plädoyer für die demokratische Notwehr des Staates gegenüber der enormen Einflussmacht – »Lobbyisten regieren unseren Staat« – der Unternehmen interpretieren. Statt Lobbymacht Deckelung der Unternehmensmacht durch den Staat. Ein anderer Kollege, der auch im ÖPNV arbeitet, erklärt mit ähnlicher Stoßrichtung:

»Unsere Wirtschaft diktiert unserer Politik wo es lang geht. Und wenn die Politik nicht springt, werden zigtausende Arbeitsplätze abgebaut und werden in Billiglohnländer verlegt. Oder auch wenn es um Abgaben, Steuern geht, also unsere Wirtschaft versucht es seit der Kohl Ära und Schröder hat es dann erfolgreich weiter gemacht. Die Wirtschaft versucht dem Staat zu diktieren wo es lang geht. Also eigentlich denke ich schon, dass unser Sozialstaat mehr durch die Politik geführt werden muss und die Wirtschaft mehr durch den Sozialstaat. Es kann nicht sein, dass Manager mit dem goldenen Handschlag verabschiedet werden und der kleine Arbeiter einen Tritt kriegt. Ist ja jetzt auch grade wieder, Unternehmen kassieren tausende Milliarden oder Millionen von Unterstützung für die Coronahilfe und setzen trotzdem den kleinen Mann auf die Straße, bauen trotzdem noch Arbeitsplätze ab. [...] Die denken nur an Gewinnmaximierung. Und wenn es nicht läuft, wer geht dann? Der Malocher. Also ich denke schon das da noch der Sozialstaat der Wirtschaft etwas sagen muss.« (B10)

Wird in der ersten Tendenz die Errungenschaft unterstrichen, die die soziale Marktwirtschaft bereithält, etwa Sicherungsleistungen und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten, um das eigene Plädoyer für staatliche Regulierung zu begründen, ist es in der zweiten Tendenz fast umgekehrt. Hier stehen die Defizite im Vordergrund – die politische Dominanz der Unternehmen und deren wirtschaftlicher Egoismus (»der Malocher muss gehen«).

Die dritte Deutungstendenz: Hier gibt es Überschneidungen mit der dritten Tendenz. In ihr wird die Begrenzung unternehmerischer Macht begrüßt, weil die nicht-regulierte Marktwirtschaft zu sozialen Verwerfungen und Dysfunktionalitäten führt. So heißt es etwa bei einem Automobilarbeiter: »Er muss sich einmischen, weil sonst geht das nur für einige gut und die Masse geht unter.« (A10) Ohne staatliche Eingriffe wird es demnach keine soziale Teilhabe für die Mehrheit der Menschen geben. Ein anderer Beschäftigter aus der Automobilindustrie hebt die Dysfunktionalitäten der Marktwirtschaft hervor, kritisch bezugnehmend auf neoliberale Deutungsangebote.

»Absolut einschränken. Irgendwer hat mal gesagt, der Markt reguliert alles, oder Markt regelt sich selbst: Einen Scheißdreck tut der Markt. Der Markt denkt nur an sich selber. Mehr Produkte, kürzere Laufzeiten (der Maschinen, Verf.), alles schneller, höher, weiter. Das geht nicht, irgendwann ist Ende der Fahnenstange. Irgendwann heißt es auch mal zurück auf den Boden, back to the roots. Und wir müssen auch was für unsere Leute tun.« (A3)

Ohne staatliche Regulation, so die Implikation, bleiben die sozialen Interessen der Beschäftigten auf der Strecke. Ein anderer Kollege verweist direkt auf die Krisenhaftigkeit des nicht-regulierten Kapitalismus, indem er auf die große Wirtschaftskrise 2008/09 Bezug nimmt:

»Das ist ja der Kapitalismus an sich, das ist ja der Liberalismus, funktioniert aber nicht. Hat 2008/2009 nicht funktioniert. Da hat man die ganze Zeit gesagt, lieber Staat, bleib mal außen vor. Als die Banken dann aber pleite gegangen sind, als die in die Krise geraten sind, da haben die Banken dann nach Staatsgeldern geschrien. Das ist ja nicht freie Marktwirtschaft, das ist ja nicht das Laissez-faire, was sie vorher verlangt haben vom Staat. Da hat dann der Staat eingegriffen. Zwar nicht eingegriffen, um zu reglementieren, sondern um Geld hinein zu pumpen, in ein System was ja gescheitert war.« (A8)

Unzufriedenheiten mit sozialstaatlichen Leistungen

Wie ich einleitend bemerkt habe würdigt das Gros der Interviewten sozialstaatliche Leistungen in Deutschland, schätzt sie gerade im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Gesellschaften positiv ein. Dennoch wurden auch etliche Unzufriedenheiten sichtbar.

Kritiken an sozialstaatlichen Leistungen wurden aus drei Perspektiven entwickelt. *Erstens* wurden Kritiken vor dem Hintergrund der erwähnten grundsätzlichen Zufriedenheit mit dem deutschen Sozialstaat an einzelnen Defiziten formuliert. Entsprechend vielfältig ist das Spektrum der Probleme, die angesprochen wurden. Es reicht von Wünschen nach mehr Kitaplätzen über der Bemängelung von Armutsrenten bis hin zur Kritik an zu geringen Löhnen, die im Gesundheitswesen gezahlt werden.

Zweitens wurden deutlichere Unzufriedenheiten mit dem Sozialstaat – durchaus an ähnlichen Beispielen (z.B. Rente oder niedrige Löhne) – stärker im Lichte der Ungleichheitskritik formuliert. Kurz gesagt: Unzufrieden sind diese Beschäftigten mit sozialstaatlichen Leistungen, weil sie soziale Probleme verursachen, soziale Ungleichheiten festschreiben oder nicht abbauen. So heißt es exemplarisch bei einem Beschäftigten der Automobilindustrie »Hartz 4« sei »ein absoluter Witz«, denn »das geht gar nicht, das

muss definitiv erhöht werden, um mindestens nochmal den Betrag, den es gerade gibt.« (A3) Ein weiteres Problem sind für ihn Armutsrenten, die er auch aus der eigenen Familie kennt. »Meine Oma ist letztes Jahr gestorben. Die hat 40 Jahre auf Conti gebuckelt. [...] Die hat 1000 Euro Rente gehabt.« (A3) Oder: Eine Krankenpflegerin begründet ihren kritischen Blick auf den deutschen Sozialstaat, indem sie auf die ihres Erachtens sozial unfaire Coronahilfspolitik verweist, die exemplarisch Ungleichheiten deutlich machte und verstärkte (P11). Eine andere Krankenpflegerin verweist vor dem Hintergrund der sozialen Überlastung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern, auf die falsche Regulierung des Krankenhaussektors: »Das müsste eigentlich alles in staatlicher Hand sein. Man dürfte damit keinen Profit machen. Und das ist das größte Problem, das ich eigentlich sehe.« (P1)

Drittens ist eine relevante Minderheit der Befragten mit der deutschen Sozialpolitik unzufrieden, weil der Staat in ihren Augen entweder Migrant*innen bevorteile bzw. Hilfe für Menschen in anderen Ländern leistet oder Erwerbslose, die angeblich nicht arbeitswillig sind, ohne Druck finanziert. Hier zeichnen sich deutliche Konturen einer exklusiven Solidargemeinschaft ab, entweder national oder leistungspolitisch begründet. Hier scheint eine Art Anti-Universalismus auf, der in der Politischen Soziologie als wichtige Ursache für die Wahl rechtspopulistischer und -extremer Parteien betrachtet wird (Bornscher/Kriesi 2013, 26f.), auch wenn das nicht heißt, dass die hier gemeinten Beschäftigten notwendigerweise die AfD oder Parteien rechts davon wählen. Die Grenzbeziehungen gegenüber Migrant*innen bzw. »zu viel Zuwanderung« werden unterschiedlich begründet. Ein Busfahrer etwa unterstreicht, dass die Einwanderung von zu vielen Menschen, die nicht in die Sozialsysteme eingezahlt haben, nicht funktioniere. »Wenn ich hier auf der einen Seite die habe, die immer nehmen, weil sie halt nie in das System eingezahlt haben [...], habe ich ein Problem damit.« Nicht zuletzt fehlt dann das Geld für andere Ausgaben, z.B. im Gesundheitssektor:

»Wenn das zu viele sind, dann fehlt irgendwo Geld für die Bereiche, wo ich aufstocken muss im Endeffekt. Und dann kommen wir irgendwann in den Bereich, wo wir jetzt sind, wo die Ärzte warnen, wir kommen jetzt langsam an unsere Kapazitätsgrenzen, an die Belastungsgrenzen.« (B2)

Zum Teil wird ein Unbehagen an einer Bevorzugung von Migrant*innen ausgedrückt, etwa von einem weiteren Busfahrer. »Ich empfinde es auch ein bisschen als Nachteil, dass Menschen mit Migrationshintergrund unter Umständen besser behandelt werden wie die Menschen im eigenen Land.« (B10). Ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie hingegen unterstreicht:

»Wir geben viel für alle anderen Bereiche aus, sei es die Unterstützung von Kriegsflüchtlingen, weil da irgendwas ist und nehmen die alle auf. Aber davon wird es ja auch nicht besser. [...] Zumal ja auch in unserer Schicht in Deutschland viele eigene Probleme haben. Welche Rentner leben denn am Existenzminimum oder leben auf der Straße? Die haben ja auch ihr Leben lang für Deutschland gearbeitet und bezahlt. Was ist mit denen? Die bleiben auf der Strecke!« (A9)

Andere, wie etwa eine Krankenpflegerin, betonen schlicht »trotzdem sollte das eigene Volk immer im Vordergrund stehen und man sollte sich vorrangig um die eigenen Bürger kümmern und nicht direkt um andere Länder.« (P6) Teilweise vermischen sich auch Grenzziehungen gegenüber Migrant*innen mit Abgrenzungen von imaginierten »faulen Erwerbslosen«. Eine andere Krankenpflegerin etwa meint: »Alle, die dem Staat auf der Tasche liegen und keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, nach Hause abschieben.« (P8). Etwas früher im Interview meinte sie über Hartz-Vier-Empfänger*innen, »viele von denen [...], die ruhen sich auf ihren Lorbeeren aus und ich sehe keinen Grund, warum die nicht arbeiten gehen.« (P8)

Oder: Ein Busfahrer begründet seine Unzufriedenheit mit dem deutschen Sozialstaat damit, »dass wir hier alle Bürger mitfinanzieren, die quasi nichts oder wenig dafür tun, dass der Staat aufrechterhalten wird.« (P6) Gemeint sind ALG II-Empfänger*innen. Und ein Busfahrer erklärt empört: »Auf jeden Fall würde ich ändern, dass Leute, die nicht arbeiten gehen, so viel Geld bekommen. [...]. Ich kann mich mit solchen Leuten auch nicht unterhalten. [...] Ich habe richtig Hass auf solche Menschen.« (B6) Beschäftigte, die diese Kritiken und Bedenken formulieren, müssen nicht notwendigerweise rechts sein – aber die Kritik an der (angeblichen) Bevorteilung von Migrant*innen ist ebenso ein fester Teil rechtspopulistischer und faschistischer Deutungsangebote wie die Abwertung von Erwerbslosen, die als faul und Sozialschmarotzer dargestellt werden (Dörre 2018, 54; Dörre/Kraemer/Speidel 2004, 111). Insofern finden sich hier zumindest Brücken nach rechts. Wie breit und stabil sie sind kann auf der Grundlage der geführten Kurzinterviews allerdings nicht beurteilt werden.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Plädoyers für strafende Sozialpolitik, die Erwerbslose in Arbeit drängen und gegebenenfalls sanktionieren soll, sind allerdings selten geblieben in der Kurzbefragung. Weit verbreitet ist dagegen das Ideal der Leistungsgerechtigkeit. Damit ist in diesem Zusammenhang nicht unbedingt gemeint, dass Befragte sich eine Leistungsbemessung der Arbeitslosenversicherung in Abhängigkeit von zuvor erbrachten Arbeitsleistungen wünschen – abgefragt wurde diese nicht, und zum ausdrücklichen Thema wurde es von niemandem gemacht. Erwartet wird aber, dass ein Beitrag geleistet wird und sich niemand, vereinfacht ausgedrückt, auf den erbrachten Leistungen anderer ausruht, durch die die Arbeitslosenversicherung finanziert wird⁹.

Dass Erwerbslose arbeitsbereit sein sollten, fand daher das Gros der Befragten. Dementsprechend lehnte die Mehrheit der Interviewpartner*innen auch den Vorschlag des bedingungslosen Grundeinkommens ab. Aber immerhin rund 28 Prozent der Befragten griffen die Idee positiv auf – in diesem Fall ausschließlich Beschäftigte aus der

9 Grundsätzlich lassen sich die Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit voneinander abgrenzen. Wenn Menschen sich an dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientieren, dann wollen sie, dass Ressourcen, Güter oder Positionen auf der Grundlage der individuell erbrachten Leistung verteilt werden (Sachweh 2010, 95). Wenn Menschen sich am Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit orientieren, dann sollen Güter und Ressourcen nicht auf der Basis dessen verteilt werden, was jemand vorher geleistet hat, sondern anhand des Bedarfs (ebd., 96) – jeder/m nach ihren/seinen Bedürfnissen, nicht nach der Vorleistung.

Automobilindustrie und dem Pflegesektor. Da eine weitreichende Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft ein Eckpfeiler sozialistischer Sozialstaatspolitik ist, die die Marktmacht abhängig Beschäftigter stören soll (siehe Kap. 2.2), sind diese Meinungen und Bewertungen von besonderem Interesse. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Genannt wurde den Befragten lediglich der Begriff des Grundeinkommens, vorgestellt die allgemeine Idee, dass Menschen ohne Gegenleistung Geld vom Staat bekommen. Es wurde kein konkretes Konzept vorgelegt, zu dem die Interviewpersonen um ihre Meinung gefragt wurden.

Tabelle 30: Haltung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (absolute Zahlen Beschäftigte)

| | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|---------------|-----------|---------------|------|--------|
| Contra BGE | 6 | 7 | 9 | 22 |
| Unentschieden | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Pro BGE | 5 | 4 | 0 | 9 |

Quelle: Eigene Darstellung

Die Motive der Befürworter des Grundeinkommens waren allerdings sehr unterschiedlich. Sie reichten von der Behauptung, der Staat könne so aufgrund von Bürokratieabbau Ausgaben sparen (A4) bis hin zur Überlegung, ein bedingungsloses Grundeinkommen sei schlicht menschenwürdiger als das ALG II-System (A10). Eine Krankenpflegerin etwa meinte:

»Also das würde die Menschen viel mehr motivieren was anderes zu machen, [...] anstatt sich dann immer rechtfertigen zu müssen und immer hinterherlaufen zu müssen. [...]. Oder irgendwas immer beantragen zu müssen [...]. Also ich glaube auch, dass der Umgang mit dem Geld einfacher ist, wenn ich weiß, dass ich es einfach habe und nicht, dass ich dafür ständig kämpfen muss und nicht ewig Zeit und Energie dann auch noch dafür aufbringen muss.« (P4)

Andere Befragte unterstrichen, dass die Autonomie der abhängig Beschäftigten durch ein BGE vergrößert würde. So hieß es etwa bei einem Arbeiter aus der Automobilindustrie:

»Würde auch die Marktmacht der Industrie ein bisschen nehmen. Das man auch sagen kann ›Arbeitgeber, du förderst mich nicht richtig, ich haue in den Sack.« Also die Abhängigkeit der Bürger würde ein bisschen sinken im Verhältnis zur Industrie. Komplett dafür.« (A6)

Gegen das BGE sprach sich hingegen das Gros der Befragten aus. In der Regel wurde dabei auf den Anspruch verwiesen, dass Solidarität auch Gegenleistungen bzw. Leistungsbereitschaft voraussetze oder Nicht-Lohnarbeiten nicht staatlich gefördert werden sollte. Eine Pflegefachkraft etwa meinte: »Also da bin ich absolut dagegen. Ich finde schon,

dass Arbeit gewertschätzt und bezahlt werden sollte und Nichtstun halt auch nicht honoriert werden sollte.« (P2) Auch Verweise auf fehlende Leistungsgerechtigkeit fehlten nicht. So ließ eine andere Pflegekraft wissen:

»Ich stimme überhaupt nicht zu. [...]. Es kann nicht sein, dass der eine sich krumm macht und arbeitet und arbeitet und das Gleiche bekommt wie jemand, der Zuhause auf seiner Couch sitzt und nicht arbeitet. Das wäre einfach wirklich unfair.« (P11)

Und ein Arbeiter aus der Automobilindustrie meinte: »Also ich bin keiner, der nur auf Leistung trimmt. Aber ich bin schon der Meinung, dass Leistung, also Arbeit, die Grundvoraussetzung ist, um Lohn zu bekommen.« (A8) Gelegentlich wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass niemand mehr einer Lohnarbeit nachgehen würde, wenn es ein BGE gäbe – unter anderem könne das System der Arbeitslosenversicherung dann nicht mehr finanziert werden. »Also wenn wir nur Geld ausschütten, ohne irgendwelche Gegenleistungen [...], wird sich der Staat irgendwann nicht mehr finanzieren können.« (A9) Normative (»soll nicht sein«) und funktionale (»geht nicht«) Einwände überschritten sich dabei durchaus.

5.2.5 Politiker*innen und Parteien: Entfremdet und gekauft?

Soziale Zufriedenheit muss nicht notwendigerweise dazu führen, dass Bürger*innen sich durch politische Parteien und Politiker*innen gut vertreten fühlen. Umgekehrt wurde insbesondere in der Rechtspopulismusforschung darauf hingewiesen, dass soziale Leiderfahrungen zum Empfinden führen können, politisch nicht angemessen repräsentiert zu werden. Von einer populistischen Lücke ist in diesem Zusammenhang dann die Rede: Weder bieten Mainstreamparteien in diesen Fällen angemessene Lösungen für die Probleme der Menschen, noch machen sie Deutungsangebote, die Betroffenen helfen ihre Situation zu verstehen (Flecker/Kirschenhofer 2007, 19). Rechtspopulismus setzt Kritik an und Unbehagen mit politischen Mächtigen voraus.

»Rechter Populismus führt Gegnerschaften in die politischen Auseinandersetzungen ein, er greift die Regierenden mit dem Argument an, dass sie schlecht und unrecht regieren würden. Im gleichen Atemzug wendet er sich gegen Migration, gegen die sichtbare Präsenz von Fremden sowie von Menschen, die einer von ihm gesetzten Norm nicht entsprächen.« (Reinfeldt 2013, 40)

Denkbar ist aber auch, dass linke Kritikpotenziale an Parteien und Akteuren entstehen. Die in Kapitel 5.1.3 herausgearbeitete Diagnose eines »Unbehagens an der Politik« wurde in der Kurzbefragung deshalb aufgegriffen, die Interviewten wurden um ihre Meinung zu zwei Statements gefragt. Das erste Statement sagte aus, dass sich Politiker*innen immer stärker von den Interessen der Wähler*innen entfernten und deshalb kaum noch für die Interessen des Volkes einsetzen. Das zweite Statement besagte, dass die Demokratie in Deutschland grundsätzlich funktioniere, es aber nicht möglich sei alle Interessen und Anliegen der Wähler*innen zu verwirklichen. Mit Hilfe dieser Entscheidungsfrage soll-

te das Maß an Unzufriedenheit der Befragten mit Politiker*innen und Parteien erfasst werden.

Tabelle 31: Meinungen zu Politiker*innen und Demokratie (absolute Zahlen Beschäftigte)

| | Automobil | Krankenhäuser | ÖPNV | Gesamt |
|-------------------------|-----------|---------------|------|--------|
| Umdeutung der Frage | 4 | 1 | 1 | 6 |
| Demokratie funktioniert | 2 | 5 | 4 | 11 |
| Teils/Teils | 1 | 0 | 4 | 5 |
| Entfremdung | 4 | 4 | 3 | 11 |

Quelle: Eigene Darstellung

Die Befragten¹⁰, die von einer Entfremdung zwischen Politiker*innen und Wähler*innen ausgingen, begründeten dies durch Hinweise auf zwei unterschiedliche Entwicklungen: *Die erste* Deutung besagte, dass Politiker*innen Egoist*innen sind, die in erster Linie ihr Eigeninteresse verfolgen oder sich aufgrund ihres Eigeninteresses vom Wahlvolk entkoppeln. Bei einer Krankenpflegekraft heißt es lapidar »Unsere Politik handelt nicht im Interesse des Volkes. Die verfolgen ihre eigenen Ziele [...]« (P8) Ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie unterstrich: »Wir brauchen andere Politiker, die nicht nur in ihre Geldbörse gucken, sondern eben dem Volk wieder zuhören.« (A4) Und sehr zuspitzend meinte ein anderer Automobilarbeiter:

»Politiker sind schon immer Lügner, auf der ganzen Welt, ganz einfach. Die versprechen Dir irgendwas vor der Wahl und dann kann man sich nicht mehr dran erinnern. Und stecken immer in die eigene Tasche.« (A7)

Die zweite Deutung, die häufiger vorgetragen wurde als die erste, bestand in der Tendenz auf die grundsätzliche soziale Entfremdung von Politiker*innen und Wahlvolk zu verweisen, die durch die Akademisierung des Parlaments verursacht würde. Politiker*innen werden hier zwar nicht unisono zur Oberklasse gerechnet (siehe hierzu Beck/Westheuser 2022, 302), Vertreter*innen aus den unteren Klassen sind sie aber überwiegend auch nicht. So argumentiert etwa ein Busfahrer,

»früher waren noch mehr normale Arbeitnehmer politisch aktiv. Heute habe ich immer das Gefühl, es gibt immer nur noch Rechtsanwälte und Lehrer, die in die Politik gehen. [...] Also ich habe das Gefühl, wenn ich Politiker manchmal reden höre, dass denen so dieser richtige Draht zu den normalen Menschen schon fehlt.« (B7).

10 Ein Teil der – durchaus auch der sozialkritischen – Befragten deutete die Frage um und sprach über andere sie interessierende politische Fragen. Ein Automobilarbeiter etwa nahm sie zum Anlass, um die Stimmungsmache gegen Geflüchtete zu kritisieren, die er in den Medien wahrnahm (A3), eine Pflegerin, um über die Komplexität politischer Meinungsbildung zu reflektieren (P1). Diese Umdeutungen bleiben im Weiteren außen vor.

Hier wird eine Art »klassenpolitischer Bruch« festgestellt. Im Bundestag sitzen überwiegend Angehörige des Kleinbürgertums oder der lohnabhängigen Mittelklasse (siehe Kap. 4.2), auch wenn die Befragten diese Begriffe selbst nicht nutzen. Ein Spiegel der Gesellschaft ist das Parlament in den Augen dieser Interviewten jedenfalls nicht. Ähnlich heißt es bei einer Pflegefachkraft:

»Jetzt etwas polemisch gesagt, jemand vertritt nur Leute, die zu seiner eigenen Klientel gehören, das heißt eben die Arbeiter im deutschen Bundestag sind, glaube ich, nach der letzten Rechnung so unter fünf Prozent oder so. Das andere sind Akademiker oder eben Rechtsanwälte [...] oder sonst irgendwas gebildete Leute. Das ist das Problem.« (P5)

Auf die Macht von Lobbys oder den direkten Einfluss auf Politiker*innen, den Unternehmen nehmen könnten, hat im Zusammenhang mit der oben umrissenen Entscheidungsfrage zwischen den genannten Statements keine Interviewperson verwiesen, die von einer Entfremdung zwischen Politiker*innen und Wähler*innen ausgegangen ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft nicht kritisch betrachtet würde.

Die Frage etwa, ob wirtschaftliche Nebentätigkeiten von Politiker*innen generell verboten werden sollten, beantworteten fast alle Interviewpartner*innen mit Ja. Überwiegend wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Nebentätigkeiten entweder nicht mehr ausreichend Zeit ließen, um den Beruf des Abgeordneten angemessen auszuüben, oder zu Parteilichkeit für den Geldgeber führen müsse. Ein kleinerer Teil der Befragten wies vor diesem Hintergrund auf »das Lobbyproblem« hin. Ein Automobilbeschäftigter etwa meinte, Politiker sollten sich mehr dem Volk zuwenden als den Interessen der Lobbyisten (A12). Eine Krankenpflegerin führt aus:

»Aber diesem Vorwurf des Lobbyismus, dem kann sich ja keiner entziehen und das passiert ja auch eigentlich immer wieder. Man sieht es ja. Also da muss man gar nicht großartig recherchieren, das bekommt man ja immer wieder mit. Gefälligkeiten [...]. Das fängt auf kleiner Ebene an und hört auf großer Ebene auf.« (P4)

Ein Beschäftigter aus der Automobilindustrie erläutert, weshalb er für ein Verbot von Nebentätigkeiten ist, folgendermaßen:

»Weil einfach so viel Lobbyarbeit betrieben wird. Und weil einem da eben früher oder später, wenn man da einzelne Personen anguckt, die dann extrem viele solcher Stellen haben, auch die Vermutung kommen könnte: wer schmiert, der regiert!« (A5)

Ein ebenso großer Teil, wie der, der von einer Entfremdung zwischen Wähler*innen und Politiker*innen ausging, entschied sich allerdings für das Statement, die Demokratie funktioniere gut, aber nicht alle Interessen ließen sich gleichermaßen verwirklichen – ein Statement, das gewissermaßen in der Enttäuschung von Wähler*inneninteressen nicht einen Beleg für ein gestörtes Verhältnis zwischen Repräsentierten und Repräsen-

tanten sieht, sondern als Merkmal einer Demokratie. Dafür wurden durchaus unterschiedliche Gründe angeführt. Eine Krankenpflegerin etwa argumentierte:

»Die Demokratie funktioniert, da wir freie Wahlen haben, die auch gerecht sind [...]. Das Problem ist [...] nur, dass von dem Beschluss bis zur Durchführung so viele Instanzen politisch durchgegangen werden müssen, dass schlussendlich am Ende nur noch ein Bodensatz von den Entscheidungen übrigbleibt [...]. Da spielen so viele Interessen eine Rolle, auch wirtschaftliche Interessen, so dass am Ende was rauskommt, was dann dem nicht mehr entspricht, was am Anfang gewollt war.« (P3)

Eine andere Pflegekraft meinte:

»Ich würde schon sehen, dass das eine gute Demokratie ist, aber nicht jeder kann mit seinen Themen gerade punkten. Man kann ja nicht auf alle Rücksicht nehmen. Man muss so einen Mittelweg finden, aber es ist klar, dass jemand zu kurz kommt.« (P6)

5.2.6 Fazit

Weder Betrieb, noch Gesellschaft wurden in den Kurzinterviews als zutiefst ungerechte Ordnungen gedeutet. Gleichwohl wurden in den Gesprächen verschiedene betriebliche und gesellschaftliche Problemrohstoffe sichtbar. Überwiegend wurde die Gesellschaft als zu ungleich gedeutet. Zwar drückte sich dies nicht unbedingt in den abgefragten Gerechtigkeitsbewertungen aus, wohl aber in der Zustimmung zur Diagnose einer erodierenden sozialen Mitte. Das Gros der Befragten geht von einer Art sozialen Polarisierung aus, von der die Befragten sich aber überwiegend selbst ausgenommen sehen (siehe ähnlich auch: Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022, 8). In diesen Deutungen verbinden sich m.E. zwei gleichzeitig wirkende Tendenzen, die seit den 1990er Jahren innerhalb der Bevölkerung wachsende Wahrnehmung sozialer Polarisierung einerseits, die in Westdeutschland weiterhin große Identifikation mit der sozialen Mitte andererseits (Neckel 2008, 191).

Die dargestellten empirischen Schlaglichter bestätigen auch Befunde der jüngeren Lohnabhängigenbewusstseinsforschung, die sich u.a. mit der subjektiven Verarbeitung von Leistungsansprüchen und Krisenprozessen auseinandergesetzt haben: Verglichen sich befragte Beschäftigte mit der Lage von abhängig Beschäftigten, die in Weltregionen leben, die keine Spitzenplätze im kapitalistischen Weltmarkt einnehmen, oder mit Menschen im eigenen Land, die in der Klassenstruktur deutlich weiter unten stehen, erscheint die eigene Lage in einem eher guten Licht. Aber:

»Zieht man Vergleiche nicht ›nach unten‹ oder in Bezug auf ›den Süden‹, sondern vielmehr ›nach oben‹, dann kann der Vergleich zu Kritik und Empörung, zur Verstärkung des Ungerechtigkeitsempfindens führen.« (Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015, 402)

Mit Blick auf die Potenziale einer gesellschaftlichen Allianz sind fünf weitere Befunde wichtig. *Erstens*: Rund 1/5 der Befragten brachte in Reaktion auf offene Fragen den Klima-

schutz als wichtiges Thema auf. *Zweitens*: Bei einem etwa gleich großen Teil der Befragten spielten Abgrenzungen von Migrant*innen und »imaginierten faulen Erwerbslosen« eine wichtige Rolle. *Drittens*: Für fast ein Drittel der Interviewten ist die politische Rechtsentwicklung eine akute Sorge, lässt sich eine deutliche Abgrenzung von der AfD beobachten. *Viertens*: Das Gros der Befragten wünscht sich einen absichernden Sozialstaat, aber auch umverteilende Wohlfahrtsstaatspolitik wird unterstützt. Bei einem Fünftel bis Viertel der Befragten finden sich in diesem Zusammenhang mehr oder weniger deutlich ausgeprägte »exklusive Solidaritätsorientierungen«, die durch Abgrenzungen von Migrant*innen oder Erwerbslosen gekennzeichnet ist. *Fünftens*: Zuspitzende Deutungen des politischen Feldes, wonach die Politiker*innen in erster Linie den oberen Zehntausend dienen (Sauer/Stöger/Bischoff/Detje/Müller 2018, 196), tauchten in den Kurzinterviews so nicht (oder höchstens ansatzweise) auf – wohl aber eine starke Deutungstendenz, die von einer Entfremdung zwischen Politik und Wähler*innen ausgeht. Auch für etliche Interviewpartner*innen erscheint das politische Feld als »[...] lebensferne Blase, die um sich selbst (kreist) und in der das gesellschaftliche Unten kein Gehör mehr findet.« (Bose/Köster/Lütten 2018, 219). Die Gegentendenz besteht in der Wahrnehmung, die Demokratie funktioniere und führe notwendig zu Enttäuschungen.

Die ersten eigenen empirischen Einblicke in das Feld der populären Anschauungen haben Ähnlichkeiten/grundlegende Unterschiede von Deutungen gezeigt, die sich auf einzelne Aspekte bezogen haben – die betriebliche Beschäftigungssituation, gesellschaftliche Probleme, sozialstaatliche Orientierungen usw. Wie diese Deutungen (etwa der sozialen Ungleichheit, des politischen Feldes oder anderer gesellschaftlicher Probleme) zusammenhängen und ob es kollektiv geteilte kollektive Verarbeitungsweisen gibt, wurde nicht untersucht. Damit setze ich mich im nächsten Kapitel auseinander, in dem ich soziale Deutungsmuster rekonstruiere, die sich bei Beschäftigten des Handels, aus Krankenhäusern und der Industrie fanden.

5.3 Populäre Deutungen in gewerkschaftlichen Milieus

Nun möchte ich mich den sozialen Deutungsmustern zuwenden, auf die ich in drei Teilen der Arbeiter*innenklasse bzw. der Mittelklasse gestoßen bin: Bei Beschäftigten des Werkzeug- und Maschinenbaus sowie der Automobilindustrie, also Lohnabhängigen, die direkt vom industriell-fossilen Kapital abhängen; bei Beschäftigten aus der Handelskette, insbesondere denen, die in Lägern und im Online- und Versandhandel, tätig sind; und bei Pflegepersonal aus Krankenhäusern.

Die Branchen, in denen sie arbeiten, unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht voneinander. Die befragten *Beschäftigte der Industrie* arbeiten i.d.R. in Betrieben mit einer längeren Tradition der Mitbestimmung, sie sind qualifiziert und ihre Jobs sind häufig vom Erfolg des Exportgeschäftes abhängig. Sie verfügen über einen respektablen Wohlstand, werden also deutlich besser bezahlt und sind häufiger tariflich abgesichert als es andere Beschäftigtengruppen. Nach 2008 war der mit der Coronapandemie verbundene Auftragsrückgang bereits die zweite wirtschaftliche Krise, die »ihre« Industrie traf.